

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. (Postzuschlag 10 Pf.). Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Einzelhefte 10 Pf. (Postzuschlag 2 Pf.).

Angelagerter Preis: die 8 gespaltene Raumzeit 20 Wpf., die 4 gespaltene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamette im letzten Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Besondere Anzeigen werden nach Maßgabe der Nachfrage und des Platzes ermäßigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Einzelhefte 10 Pf. (Postzuschlag 2 Pf.).

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 112 — 89. Jahrgang Leipzig-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 15. Mai 1930

Was bringt Genf der Saar?

Deutschlands Außenminister Dr. Curtius scheint doch nicht politisch ganz unisono zum Erkenntnis nach Genf gefahren zu sein. Wenigstens hat er in seiner Unterhaltung mit dem französischen Außenminister eine Art unbestimmten Versprechens darüber erhalten, daß die seit vielen Monaten stattfindenden Pariser Verhandlungen über die baldige Räumung des Saargebietes ein wenig beschleunigt werden; sie sollen mindestens dann zu Ende und zu einem Beschluß gekommen sein, wenn im September die Tagung des Völkerbundes stattfindet.

Von Paris her kommen ja auch bei den laufenden Verhandlungen immer wieder neue Schwierigkeiten. Tatsache ist jedenfalls, daß man bisher auch nicht einen Schritt vorwärts gekommen ist, weder in der Frage, wie und unter welchen Bedingungen, zu welchem Preis und in welcher Form die Kohlenbergwerke des Saargebietes an Deutschland zurückgegeben werden sollen. Ebenfalls in der anderen, wie das zollpolitische Verhältnis zwischen dem Saargebiet auf der einen, Frankreich bzw. Deutschland auf der anderen Seite gestaltet werden soll. Bei der Bewertung der Kohlenbergwerke wird man auf deutscher Seite darauf verweisen können, welche Schwierigkeiten die französische Verwaltung des Saargebietes mit dem Abzug der dortigen Kohle hat; jedenfalls geben diese Schwierigkeiten gerade jetzt ansehnlich die Veranlassung dazu, daß die französische Verlesung 1400 Bergarbeitern ohne Einlegung von Feiernschaften gekündigt hat, ohne die Bergarbeiterorganisationen davon auch nur zu benachrichtigen, geschweige denn sie zu befragen. Infolgedessen herrscht unter der französischen Bergarbeiterchaft, die sich freiwillig für die Einlegung von Feiernschaften erklärt hatte, um zu verhindern, daß ihre Kameraden auf die Straße gesetzt werden, wieder einmal große Erregung. Da es sich außerdem um Bergarbeiter handelt, deren Wohnsitze jenseits der Grenze des Saargebietes liegen, muß in der Hauptsache Deutschland auch noch die Kosten der Arbeitslosenunterstützung tragen!

Im Saargebiet besteht ja, seitdem offiziell der Abzug der französischen Truppen erreicht worden ist, ein sogenannter „Wahnschub“, der sich von den Befestigungsanlagen unterscheidet wie ein Ei vom andern. Nun hieß es nämlich, daß dieser „Wahnschub“ unter dem Namen „Grubenschub“ auch dann im Saargebiet bleiben sollte — wenigstens bis 1935, dem eigentlichen Ablaufstermin der Räumungsfrist —, wenn das Gebiet vor diesem Termin an Deutschland zurückfällt. Überflüssig zu sagen, daß dies doch nur eine, wenn auch verhängnisvolle Form weiterer Besetzung wäre und deswegen für Deutschland nicht tragbar ist. Diese Truppe ist außerdem unter den Einheimischen überhaupt sehr unbeliebt und Schlägereien sind an der Tagesordnung; sie bedeutet mehr eine Gefahr als einen Schutz für dieses Gebiet. Ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß hinter diesen Gerüchten ernsthaftere französische Pläne stecken; denn Deutschland hat es jedesmal bei den bisherigen Verhandlungen erfahren müssen, daß französische Pläne immer wieder ganz unvorhergesehen, meist sehr wertwürdige Vorschläge gemacht wurden, die den Wert des zu erreichenden Zieles erheblich beschränkten. Auch im Saargebiet muß man doch nun endlich dazu kommen, daß klare und selbstverständliche Verhältnisse geschaffen werden, man nicht neue Einrichtungen trifft, die praktisch über die bisherigen Bestimmungen des Versailler Vertrages noch hinausgehen, immer und immer wieder die Selbstrechte Deutschlands auf seinem eigenen Gebiet einzuschränken versuchen. Es ist fast so, als hänge man in Paris immer noch etwas an dem Traum eines französischen Saargebietes, dem ja gerade der jetzige französische Außenminister Tardieu 1919 bei den Verhandlungen über die Grenzschließung des Versailler Friedens einen sonderbaren Nachdruck gab durch die angeblich 150 000 Unterführer von Saarländern, die mit aller Gewalt den Anschluß an Frankreich wünschten! In der Unterredung Curtius-Grandi soll jedoch festgelegt worden sein, daß der Truppenabzug des Wahnschubes im Saargebiet zugleich mit der Rheinlandsbefreiung endgültig verschwindet. Hoffen wir das Beste!

Selbstfalls würden derartige „Häfeleien“ auch gar nicht so recht passen zu der „Europadenschrift“ Briand's, die auch in Genf herumspukt, die nun tatsächlich, wie Briand dem deutschen Außenminister mitteilte, in den nächsten Tagen den europäischen Regierungen zugehen soll. Antwort wird gleichfalls bis zur Septembertagung des Völkerbundes erwartet. Man weiß natürlich heute noch nichts Genaues, spricht von einer internationalen Konferenz, von einem internationalen Meisepak, aber ob wirklich wichtige Vorschläge wirtschaftspolitischer oder gar rein politischer Art mit der Überschrift: „Völker Europas, vereinigt euch!“ gemacht werden. Ist sehr zweifelhaft; denn in diesen Dingen sind die noch längst nicht vereinigten Staaten Europas überaus — tätig. Was nicht bloß die bisher ergebnislos gebliebenen Wirtschaftsverhandlungen über Zollfragen beweisen, sondern auch der schon fast historisch anmutende Streit um das Saargebiet.

Genfer Gespräche um das Rheinland

Dr. Curtius über China.

Schluß in Genf spätestens Freitag.

Eine zweite Zusammenkunft des Reichsaußenministers Dr. Curtius mit Briand war in den späteren Nachmittagsstunden des Mittwochs anderraumt, in der technische politische Fragen der Rheinlandsräumung zur Verhandlung stehen. In der Unterhaltung des Dienstags war noch keine völlige Einigung erzielt. Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß die Räumung des Rheinlandes zum 30. Juni in den Haager Abmachungen endgültig festgesetzt worden ist. Die Tagung des Völkerbundes soll am Donnerstag oder am Freitag zu Ende geführt werden. Reichsaußenminister Dr. Curtius beabsichtigt, am Freitag aus Genf abzureisen.

In der Sitzung des Rates wurde der Tätigkeitsbericht des Finanzausschusses entgegengenommen, in dem als Aufgabengebiete des Finanzausschusses die Danziger Kommunalanleihe, die Vantreform in England, die griechisch-bulgarische Auswanderung, Unterbringung der bulgarischen Flüchtlinge und die Währungsregelung in Bulgarien erwähnt werden. Der Rat befaßte sich mit einem Bericht über die Zusammenarbeit zwischen der chinesischen Nationalregierung und der Hygieneorganisation des Völkerbundes. Das Zusammenwirken zwischen Völkerbund und dem neuen China gab Reichsaußenminister Dr. Curtius Gelegenheit, darauf hinzuweisen, der Völkerbund möge immer auf die Wünsche und die Bedürfnisse dieses großen Landes eingehen, das ein so wichtiges Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft sei. Der japanische Vertreter verwies darauf, daß man sich jetzt in einem neuen Zeitabschnitt der Tätigkeit des Völkerbundes in den persönlichen Gebieten befindet.

In der Opiumfrage, die bekanntlich durch englische Initiative in der letzten Völkerbundversammlung in ein neues Stadium getreten ist, beschloß der Völkerbundrat, die Konferenz zur Beschränkung und Kontingentierung der Herstellung von Opiumderivaten vorläufig auf den 1. Dezember dieses Jahres einzuberufen.

Oberschlesische Schulfragen.

Die seit langem den Völkerbundrat beschäftigende ober-schlesische Schulfrage wegen der Anmeldung der Kinder zu den deutschen Minderheitsschulen wird von der Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung abgesehen und auf die nächste Tagung verwiesen. Die polnische Regierung hat in den letzten Tagen ein Dekret erlassen, mit dem eine neue Lage geschaffen und auf das persönliche Erscheinen der Erziehungsberechtigten vor einer be-

sonderen Kommission verzichtet wird. Das Dekret schafft die Möglichkeit, die Kinder lediglich durch Ausfüllung eines Formulars zu den Minderheitsschulen anzumelden. Überdies gab der polnische Außenminister Jaleski Reichsaußenminister Dr. Curtius eine Erklärung, wonach die Handhabung dieses Dekrets in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Genfer Konvention über Oberschlesien erfolgen soll. Die Auswirkung dieses Dekrets soll abgewartet werden.

Zur Besprechung Curtius-Jaleski

Genf, 14. Mai. In der kurzen Unterredung zwischen Dr. Curtius und Jaleski am Mittwoch soll, wie verlautet, der polnische Protest gegen die neuen deutschen Agrarzölle und im Zusammenhang damit auch die Frage der Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages zur Sprache gekommen sein. Aus polnischen Kreisen verlautet, daß die Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch das Warschauer Parlament als zweifelhaft angesehen werden müsse. In parlamentarischen Kreisen sei der Widerstand gegen die Ratifizierung stark im Wachsen und die Regierung werde sich daher diesem Druck nicht entziehen können.

Die französisch-italienischen Differenzen.

Der italienische Außenminister reist ab. Die zweite Unterredung zwischen Briand und Grandi hat in Genf am Mittwoch nachmittag stattgefunden. Diese Unterredung wird vorläufig die letzte sein, da Grandi nach Rom abreist. Auf italienischer Seite wird nachdrücklich der Standpunkt vertreten, daß zwischen der italienischen Forderung auf Rottengleichheit mit Frankreich und den zwischen Italien und Frankreich schwebenden politischen Fragen keinerlei Zusammenhänge bestehen. Die italienische Forderung auf Rottengleichheit dürfe nicht als ein Handelsobjekt angesehen werden. Die politischen Streitfragen, die gegenwärtig zur Verhandlung stehen, sind so tiefgehend, daß ohne eine grundsätzliche Änderung der französischen Außenpolitik kaum eine Einigung möglich erscheint.

Keine Einigung zwischen Briand u. Grandi

Genf, 14. Mai. Ueber das Ergebnis der letzten Unterredung zwischen Briand und Grandi wird auf den beteiligten Seiten außerordentliches Stillschweigen bewahrt. In den Unterredungen sollen, wie verlautet, sämtliche politischen Streitpunkte zwischen Frankreich und Italien berührt worden sein, wobei sich jedoch die Möglichkeit einer Annäherung nicht ergab. Briand reist am Freitag früh, Grandi am Donnerstag von Genf ab.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit

Deutschlands Sozialetat.

Erhöhung der Beiträge in Sicht.

Der Ausschuss des Reichstages kam bei der Weiterberatung des Haushaltsplanes am Mittwoch zum Etat des Reichsarbeitsministeriums. Minister Stegerwald gab dabei in ausführlicher Rede Aufschlüsse über die Finanzierung der öffentlichen Fürsorge, über die überwältigende Arbeitslosigkeit im Reich und ihre verderblichen Folgen. Der Minister behandelte weiter die Landwirtschaftsfrage, die Verhältnisse der Pensionsempfänger und deutete notwendige Ermäßigungen über Abhilfemaßnahmen für die Reichsstände an.

Vor den Darlegungen Stegerwalds betonte als Berichterstatter der sozialdemokratische Abgeordnete Kuffhäuser, wenn auch der neue Etat um rund 129 Millionen gegenüber dem Vorjahre vermindert sei, so müsse erwartet werden, daß darunter nicht die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben leide. Das Arbeitsministerium habe sich in den letzten Jahren in Abwehrstellung befunden gegenüber den gegen die Fortführung der Sozialpolitik gerichteten Bestrebungen. Abg. Schlaß (Ztr.) verlangte als Berichterstatter eine organische Reform der Verwaltung.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald.

Vier Gruppen sind es, die in der Hauptsache an das Arbeitsministerium herantreten, und zwar die Arbeitslosen, bestimmte Gruppen der Invalidenrentner, die Kleinrentner und die Kriegsbeschädigten. Auf der anderen Seite werden mit gleichem Nachdruck Forderungen nach Ersparnissen beim Sozialhaushalt aufgestellt. Die gesamten öffentlich-rechtlichen Ausgaben in Reich, Ländern, Gemeinden usw. betragen 23 Milliarden. Davon wird gut dreier Milliarden für Reparationsleistungen, Schuldenlauna usw. benötigt.

Von den restlichen 20 Milliarden entfallen sechs Milliarden auf die Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung, 1,4 Milliarden auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge, 1,3 Milliarden auf die Wohlfahrtspflege, eine Milliarde auf das Wohnungswesen, 500 000 Mark auf das Gesundheitswesen, 1,9 Milliarden auf Beamtenpensionen und 5,25 Milliarden auf Beamtengehälter. Es ist also festzustellen, daß für soziale Zwecke, allgemeine Fürsorge, Beamtenpensionen und Gehälter 16,7 Milliarden oder 83 Prozent aller öffentlichen Ausgaben aufgewendet werden. Weiter ist festgestellt, daß aus öffentlich-rechtlichen Mitteln gegenwärtig 14,9 Millionen Renten oder Unterhaltungen erhalten.

Bezüglich der Doppelzahlungen verbleiben auf 12 Millionen Personen oder nahezu 20 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung, die Zuwendungen aus öffentlich-rechtlichen Mitteln bekommen. Auf Renten und Unterhaltungen entfallen in der gesamten Sozialversicherung etwa 3,5 Milliarden, während die Beamtenpensionen, Kriegsbeschädigten und die Kleinrentner etwa 3,4 Milliarden betragen.

Diese Zahl ist in Wahrheit größer, weil bei den Beamtenpensionären und deren Familien sowie Hinterbliebenen genaue Listen nicht zu ermitteln sind. Bei der Annahme von einer Million Rentenbeziehern entfallen auf den Kopf gerechnet 1900 Mark Jahresbezüge. Im Jahre 1929 dürfte die Arbeitslosigkeit wesentlich größer sein als im Jahre 1929. Im Jahre 1929 haben wir in der Bauwirtschaft rund 8,9 Milliarden vorausgab. Im Jahre 1930 haben bis jetzt für die Bauwirtschaft nahezu zwei Milliarden Mark weniger zur Verfügung. Die Reichsregierung ist willens, alles anzubieten zur Belebung der Bauwirtschaft.

Es wird baldig die Befreiung der Kapitalertragssteuer für schweizerische Papiere durchzuführen sein, wie auch Verhandlungen schweben über die Mobilisierung der 185 Millionen Reichsschatzhanweisungen der Invalidenversicherung von 1929 und der 150 Millionen Reichsbahnvorschußgattien der Invaliden- und Angestelltenversicherung von 1930.

In neuerer Zeit wird der Satz hart vortier: „Dat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Dieser Satz enthält für Deutschland nur eine Teilwahrheit. Die deutsche Landwirtschaft erneuert Jahreswerte von 12 bis 13 Milliarden, die